Textilarbeiter-Zeitung

Organ des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter

Verlag Heinr. Fahrenbrach, Düsseldorf, Fiorastr. 7, Tel. 127 22 . Druck u. Versand Joh. van Acken, Krefeld, Luth. Kirchstr. 65, Tel. 246 14 . Bestellungen durch die Post für den Monat 1.— M.

Nummer 13 | Düsseldorf, den 2. April 1932 | Versandort Krefeld

Klare Fronten

Die christliche Arbeiterschaft zum 10. April.

M. Ueber den endgültigen Ausgang der Reichspräsidentenwahlen kann man sich kaum noch im unklaren sein. Praktisch hat schon das Ergebnis des 13. März die Entscheidung gebracht. Man braucht sich ebensowenig an einem billigen Siegesjubel zu berauschen, wie man die Tatsache des rapiden Anwachsens des Rechtsradikalismus zu verkennen braucht, um diese Feststellung zu machen: die Besonnenheit und Vernunft, der Verantwortungs- und Aufbauwille des deutschen Volkes haben trotz allem einen entscheidenden Sieg über zerstörenden Radikalismus und politisches Strauchrittertum davongetragen.

Und — das ist das Entscheidende dabei: die deutsche Arbeiterschaft war es, die durch ihre positive staatserhaltende Stellungnahme diesen Sieg der Vernunft bestimmt hat. Gemeinsam mit den anderen staatsbejahenden Volksschichten, mit Bürger- und Bauerntum, stand sie unter der Parole „Hindenburg" in einer Front, für Verfassung und sozialen Volksstaat, und schützte mühsam in den vergangenen Jahren Aufgebautes vor der Zerschlagung. Diese besonnene Haltung der deutschen Arbeiterschaft ist umso höher zu bewerten, als sie am schwersten unter der Not der Krise leidet und am nächsten und härtesten von ihren Auswirkungen betroffen wird. Was hätte näher gelegen, als daß gerade diese krisenbetroffene und in weiten Kreisen bitter Not leidende Arbeiterschaft dem Radikalismus schöner Phrasen verfallen und politisch irregegangen wäre? An Irreführung hat es wahrlich nicht gefehlt. An schönen Versprechungen ebensowenig! Aber es ist schon so, wie der „Badische Beobachter" in den Tagen vor den Wahlen in einer politischen Betrachtung schrieb:

„Die politische Magie wirkt kaum auf den gewerkschaftlich geschulten Arbeiter ———. Weil eben der Gewerkschaftler manches weiß, was ein Primaner und sogar ein Universitätsstudent nicht weiß, am Ende nicht einmal sein Professor."

Darin liegt die Begründung für diese positive unbeirrte Haltung der Arbeiterschaft am 13. März. Sie ist — in weitem Umfange gewerkschaftlich geschult und aufgeklärt — ein eigenes Denken und Urteilen und ein sachlich kritisches, objektives Beurteilen auch der politischen Fragen gewöhnt. Sie prüft unbeeinflußt durch schöne Reden und Phrasen die staats- und sozialpolitischen Hintergründe all jener politischen und sozialen Versprechungen, die man ihr bei politischen Wahlen immer wieder macht. Sie hat gelernt, den Dingen auf den Grund zu sehen. Jene Magie politischer Versprechungen, die — wie der „Badische Beobachter" sagt — umso stärker auf weite Kreise der sogenannten „Intelligenz" wirkt, verfängt darum bei ihr nicht. — Am wenigsten jene Magie, die allen alles verspricht. —

So konnten erfahrungsgemäß auch nur jene Kreise der Arbeiterschaft dem Radikalismus verfallen, die entweder als Jugendliche oder gewerkschaftlich Unorganisierte im politischen Denken und Urteilen ungeschult blieben — oder aber durch ein Uebermaß persönlicher wirtschaftlicher Not um ihre klare Urteilskraft gebracht und dem Radikalismus zwangsläufig dadurch in die Arme getrieben wurden. Die verhältnismäßig geringe Zunahme kommunistischer Stimmen bei der Reichspräsidentenwahl bestätigt das. Sie erschöpft sich zum überwiegenden Teile aus jenem Reservoire der Not und ihrer bedauerlichen, aber verständlichen Folgen. Demgegenüber hat der Rechtsradikalismus in Arbeiterkreisen — wie auch die Reichspräsidentenwahl wiederum zeigt — kaum nennenswerten Anhang gefunden. Selbst die Benennung einer Nationalsozialistischen „Arbeiter"partei hat daran nichts zu ändern vermocht. Ganz instinktiv erkennt die Arbeiterschaft, daß sie hier nichts anderes als „Stimmvieh" ist und auf eine wirkliche Arbeiterpolitik, d. h. auf eine soziale Politik nicht zu rechnen hat. Was in dieser Partei der Unzufriedenen sich zusammengefunden hat, ist alles andere als deutsche Arbeiterschaft. Sie ist zum Sammelbecken politisch hypnotisierter „Intelligenz" — eines entwurzelten Mittelstandes und irregeführten Kleinbauerntums, eines nicht zur erhofften Geltung gekommenen Akademikertums und unzufriedenen Angestellten- und Beamtentums — geworden. Diese Vielartigkeit ihres Anhängertums aber, die in einer ziel- und programmklaren, zum Positiven, zum Aufbau gerichteten Partei ein starkes politisches Plus sein kann, wird hier zum Minus, weil sie nur negativ, umstürzlerisch und radikal ist. Das wird sich im gleichen Augenblick bestätigen, da diese große Oppositionsgruppe zu praktischer politischer Mitarbeit und Verantwortung gezwungen ist. — Dort, wo es der Fall war (wir erinnern nur an Hessen und Thüringen), hat es sich bereits bestätigt. Auch das erkennt die politisch geschulte Arbeiterschaft sehr wohl.

Und sie erkennt ebenso deutlich auch die aus der geschilderten Struktur und inneren Verfassung dieser „nationalen" Oppositionsgruppe sich ergebende Doppelgesichtigkeit und die Doppelzüngigkeit ihrer Sprache. Welche Versprechungen will sie — wenn sie erst einmal zur politischen praktischen Arbeit gekommen ist — halten? Die an die deutsche Arbeiterschaft, die reichlich unklar und sich selbst widersprechend geblieben sind, oder jene an die westdeutschen Unternehmer und Schwerindustriellen, die sie für ihre sozialreaktionären Pläne mißbrauchen möchten? Wie steht sie zu den gewerkschaftlichen Organisationen der Arbeiterschaft — insbesondere zu den christlichen Gewerkschaften? Wie steht sie zu Tarifrecht und Schlichtungswesen, zu Sozialversicherung und Sozialpolitik? Diese Frage ist in den verflossenen Wochen oft genug an die Vertreter des Nationalsozialismus gestellt worden. Eine klare eindeutige Antwort ist darauf bis heute nicht erfolgt.

Das besagt genug. Die deutsche Arbeiterschaft muß es ablehnen, das Ergebnis einer jahrzehntelangen, opfer- und mühevoll gewerkschaftlichen Aufbauarbeit gegen solche doppelzüngigen Versprechungen aufs Spiel zu setzen und preiszugeben. Ganz abgesehen von grundsätzlichen Erwägungen, die nicht minder bedeutungsvoll für uns sind.

So hat die Reichspräsidentenwahl klare Fronten geschaffen. Die Arbeiterschaft hat das erkannt und ihre Stellungnahme daran bestimmt. Ihre Entscheidung war eine Absage, eindeutig und klar.

Aber damit ist es nicht getan. Die erzwungene Stichwahl darf nicht nur eine bloße Wiederholung dieser Absage bleiben. Die neue Entscheidung am 10. April muß zu einem noch größeren, darüber hinausgehenden Sieg der politischen Vernunft führen. Noch überwältigender als am 13. März muß die Volksmeinung mit dieser Stichwahl zum Ausdruck bringen, daß Besonnenheit, politisches Verantwortungsgefühl und positiver Aufbauwille des deutschen Volkes stärker sind, als Radikalismus und billiges Phrasentum. Je stärker dieser positive Aufbauwille zur Geltung kommt, umso gesicherter wird auch der Kurs der künf-

An die christliche Arbeiterschaft!

Gegen Arbeiterentrechtung, Klassenstaat und Diktatur!

Das deutsche Volk hat am 13. März in klarer Eindeutigkeit für Hindenburg entschieden. Diese Entscheidung war eine Treuekundgebung zu dem Urbild deutscher Mannhaftigkeit und deutscher Ehre. Sie war eine energische Ablehnung des zerstörenden Radikalismus und seiner vergiftenden Volkszersetzung. Sie war eine Verneinung frevelhaften Diktaturgeschreis und eine Bejahung des gradlinigen Aufstieges des deutschen Volkes zum freien nationalen und sozialen Volksstaat.

Die christliche Arbeiterschaft hat in diesem Wahlkampf für Hindenburg ihre Kraft entscheidend eingesetzt.

Wir dürfen mit Stolz feststellen, daß die Arbeiterschaft, die am schwersten unter der Wirtschaftskrise leidet, ein Beispiel politischer Reife gegeben hat, die geradezu von geschichtlicher Bedeutung für Volk und Vaterland ist.

Die Entscheidung für Hindenburg ist ein voller Sieg.

Hätten die Gegner Hindenburgs auch nur eine Spur von politischer Ehrlichkeit, von nationaler Verantwortung und Sorge für das Volk, sie würden der schwer ringenden Nation den weiteren Wahlkampf ersparen. Sie würden wenigstens jetzt vor dem Manne, den das deutsche Volk erwählt hat, zurücktreten. Sie würden zurücktreten, um nicht noch mehr Volkskraft und Volksgut in einem überflüssigen und aufreibenden Wahlkampf zu vergeuden. Sie würden zurücktreten, um die gefahrvolle außenpolitische Lage nicht noch mehr zu erschweren.

Sie wollen es nicht! Sie sind nicht bekehrt durch ihre Niederlage. Sie wollen den weiteren Kampf. Sie wollen Arbeiterentrechtung und Diktatur.

Das deutsche Volk nimmt den Kampf auf.

Und die christliche Arbeiterschaft wird ihre ganze Kraft einsetzen, damit der 10. April ein überwältigender Sieg für Hindenburg wird. Hindenburg bedeutet die Einheit und Kraft des Volkes gegen unfruchtbaren Radikalismus. Mag auch die Zahl der Nachläufer des Radikalismus noch gewachsen sein, seiner Kampfkraft ist dennoch der erste schwere Stoß versetzt worden. Je größer der Sieg Hindenburgs, desto entscheidender der zweite Schlag gegen die Abenteurerpolitik des Radikalismus.

Kameraden, Frauen und Männer der Arbeit, tut am 10. April noch einmal in beispielhafter Treue und Disziplin eure vaterländische Pflicht!

Gegen Arbeiterentrechtung, Klassenstaat und Diktatur!
Für Hindenburg!
Für Ehre und Freiheit der deutschen Arbeiterschaft!
Für Ehre und Freiheit des deutschen Volkes!
Für den nationalen und sozialen Volksstaat!

Der Vorstand
des Gesamtverbandes der
christlichen Gewerkschaften Deutschlands.

Christl. Gewerkschaften und Arbeitsbeschaffung

Der Hauptvorstand des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften Deutschlands nahm in seiner Sitzung vom 16. März 1932 zu der Frage der Arbeitsbeschaffung erneut Stellung. Bereits vor zwei Jahren haben die christlichen Gewerkschaften eine Reihe Vorschläge außen- und innenpolitischer Art zur Belebung und Erleichterung der Wirtschaft gemacht. Im nachfolgenden werden diese Vorschläge, soweit sie noch nicht verwirklicht sind, und unter Hinzufügung neuer, sich aus der veränderten Gesamtlage ergebender Anregungen, unterbreitet:

Außenpolitisch:

1. Beseitigung der politischen Verschuldung der Staaten unter sich. Beseitigung der Kriegstribute.

2. Bekämpfung der Abschnürung der deutschen Ausfuhr. Förderung des Exports unter Berücksichtigung des notwendigen Schutzes der heimischen Arbeit. Durchführung einer elastischen Zollpolitik. Abschluß von ordnungsmäßigen Handelsverträgen. Maßnahmen des Völkerbundes zu einer vernünftigen internationalen Zoll- und Kreditpolitik.

Neugestaltung des Wanderungswesens unter nationalen und internationalen Gesichtspunkten. Gemeinsame Erschließung von nicht ausgenutzten Arbeitsmöglichkeiten.

3. Festhalten der Auslandskredite für produktive Zwecke zu günstigeren Bedingungen. Umwandlung der kurzfristigen Auslandskredite in langfristige.

4. Unterstützung der Bestrebungen durch internationale Vereinbarungen, die Arbeitszeit zu verkürzen.

Innenpolitisch:

1. Die private Unternehmungslust, Initiative und Investitionsfreudigkeit mit allen Mitteln wecken und unterstützen.

2. Auf die noch zu hohen Zins- und Provisionssätze sowie auf die zu hohen Zinsspannen planmäßig weiter drücken. Den Kapitalmarkt erleichtern. Die gehamsterten Noten wieder in den Verkehr bringen.

3. Die notwendige Kreditausweitung auf die am wenigsten bedenkliche Weise, ohne die Währung zu gefährden, vornehmen. Erleichterung bei der Hereinnahme von Warenwechseln durch die Reichsbank. Schaffung eines Ueberbrückungskredites für die sofortige Hereinnahme von Auslandsaufträgen. Vereinfachung und Verbilligung der öffentlichen Verwaltung, um auch dadurch Mittel für wirtschaftliche Zwecke freizumachen.

4. Die mittleren und kleineren Betriebe bei der Kreditgewährung stärker als bisher berücksichtigen, besonders wenn sie entsprechende Aufträge haben.

5. Durchführung einer Arbeitsbeschaffungspolitik durch öffentliche Arbeiten, soweit sie im Interesse der Gesamtheit liegt und es sich um zusätzliche Arbeiten oder um solche Arbeiten handelt, die nötig sind, sonst aber nicht ausgeführt würden. (Reichsbahn-, Reichspostaufträge, zusätzliche Arbeitsbeschaffung durch Kommunen, Straßennetzinstandsetzung, landwirtschaftliche Meliorationen, Hausreparaturen, Wohnungsstellungen usw.)

6. Verstärkte Siedlungstätigkeit (Landarbeitersiedlung, Landarbeiter-Eigenheimbau, Stadtrandsiedlung, Kleingartensiedlung).

Ausdehnung und stärkere finanzielle Förderung des freiwilligen Arbeitsdienstes.

Förderung des soliden Bausparwesens zur Unterstützung des Eigenheimbaus und Belebung des Baumarktes.

7. Eindämmung sinnloser Bevorzugung ausländischer Waren durch zweckentsprechende Aufklärung der Verbraucherkreise, vor allem auch der Hausfrauen.

8. Stärkere Durchführung des Krümpersystems.

9. Maßnahmen gegen überlange Arbeitszeiten und Mehrschichtenunwesen.

tigen innen- und außenpolitischen Führung des deutschen Volkes und sein Wiederaufstieg sein.

Diese Erkenntnis zwingt auch die christliche Arbeiterschaft zum **Handeln**. Sie gibt auch in der Entscheidung des 10. April den Ausschlag. Von ihr hängt erneut das Ergebnis ab. Sorgen wir deshalb dafür, daß dieses Ergebnis befriedigend ist. Bieten wir in intensiver Aufklärungsarbeit alles auf, daß die Arbeiterschaft sich geschlossen bis auf den letzten Mann vom politischen Radikalismus — ganz gleich, von wo er kommt — abwendet und positiv für den sozialen Volksstaat, für Hindenburg, entscheidet. — Es geht um eine Entscheidung von grundsätzlicher geschichtlicher Bedeutung. Es geht letzten Endes um Sein oder Nichtsein der deutschen Arbeiterbewegung überhaupt.

Die Fronten sind klar. Auf zum Kampf und zur Entscheidung. Für politische Verantwortlichkeit und Aufbauarbeit — gegen Radikalismus und Zusammenbruch!

„Vaterlandsloses Gesindel" — ?

Nationalistisches Phrasentum hat gegenwärtig in Deutschland Hochkonjunktur. Besonders in jenen Kreisen, die da glauben, mit ihrem nationalistischen Namen das Nationale selbst in Erbpacht genommen zu haben und die sich in diesem nationalistischen Getue nicht genug tun können. Gesinnung und Tat gelten dagegen wenig; wer nicht selbst die nationalistische Phrase führt, ist „vaterlandslos" und „Gesindel". Mit Vorliebe richtet sich dieser Vorwurf gegen die deutschen Gewerkschaften, die man offenbar damit der Oeffentlichkeit gegenüber herabsetzen und unmöglich machen möchte, indem man ihnen das Nationale abspricht. Erfahrungsgemäß wird dabei von jenen Erbpächtern des Nationalen bewußt auch kein Unterschied gemacht zwischen den sozialistischen und christlichen Gewerkschaften. Beide werden in gleicher Weise als „marxistisch" und damit eben als „vaterlandslos" abgetan. Um die Wirkung dieses demagogischen Arguments noch zu steigern, wird insbesondere den Gewerkschaftsführern bei jeder sich bietenden Gelegenheit dieser Vorwurf der Vaterlandslosigkeit gemacht. Zweck dieser Taktik ist klar erkennbar das Bestreben, eine Entfremdung zwischen gewerkschaftlicher Führung und Gefolgschaft herbeizuführen, die sich allmählich zu einer immer größeren Kluft und damit zur Zerreißung der inneren Verbundenheit und Widerstandskraft der Gewerkschaften selbst auswachsen soll.

Daß erfahrene und geschulte Gewerkschaftler, die jahrelang Schulter an Schulter mit ihren Führern in der Bewegung gekämpft haben, sich durch solche Mittel nicht irremachen lassen, braucht nicht betont zu werden. Das erübrigt dennoch nicht, dieser Demagogie beständig entgegenzutreten und — nicht zuletzt auch im Hinblick auf eine jener Verhetzung und Irreführung eher zugänglichen Jugend — sie als das zu entlarven, was sie ist: als bewußte Lüge.

Es sei daran erinnert, daß tausende haupt- und ehrenamtlicher Gewerkschaftsführer im Kriege ihre Pflicht getan und ihr Leben geopfert haben. Es sei aber auch darauf verwiesen, daß insbesondere im Westen Deutschlands ungezählte Führer der Gewerkschaftsbewegung im Nachkriegskampfe um die Freiheit des Rheinlandes in vorderster Linie gestanden und schwere Opfer gebracht haben. Noch dieser Tage schrieben die „Düsseldorfer Nachrichten" in ihrem Leitartikel (20. März, Nr. 147) treffenderweise: „Die deutschen Beamten und Industriellen, die deutschen Gewerkschafts- und Bauernführer des Rheinlandes ließen Frankreichs Gewalthaber ins Gefängnis werfen." —

Es ist gut, solche Tatsachen sich manchmal ins Gedächtnis zurückzurufen und an Feststellungen wie diese zu erinnern. Denn schließlich bewährt sich auch heute noch — trotz der Hochkonjunktur der nationalistischen Phrase — in der rauhen Wirklichkeit nicht die schöne Rede, sondern die nationale **Tat!** -r.

Worum es geht

Der Kampf um die deutsche Sozialversicherung ist in den letzten Jahren mit früher nie gekannter Schärfe geführt worden. Dies hat seinen Grund nicht zuletzt in dem außerordentlich scharfen Niedergang unseres Wirtschaftslebens. Je mehr die Krise an Ausdehnung gewann, um so stärker wurden auch die einzelnen Sozialversicherungsträger finanziell angespannt. Leistungskürzungen und Beitragserhöhungen mußten wiederholt in Kauf genommen werden. Gerade die letzteren haben in weiten Kreisen der deutschen Industrie die Gegnerschaft gegen die Sozialversicherung verstärkt.

In allerjüngster Zeit tritt diese Gegnerschaft wieder besonders kraß in die Erscheinung. Man fordert, wenn auch manchmal verklausuliert, den **völligen Abbau unserer Sozialgesetzgebung**. So hieß es noch in diesen Tagen bezüglich der Arbeitslosenversicherung auf einer Tagung der sächsischen Industrie: „befristeter und gestaffelter Abbau". Keine Tagung industrieller Kreise geht vorüber, ohne daß nicht ähnliche Forderungen erhoben würden. Der „starre Lohn" und die „starre Soziallast" werden als größte Uebel hingestellt. Die „Deutsche Arbeitgeberzeitung" läßt in ihrer Nr. 12 vom 20. März 1932 den Verfechter des Zwangssparsystems Gustav Hartz ganz ausgiebig zu Wort kommen und seine bekannten Ideen vertreten. So liegt zweifellos System in dieser antisozialen Kampfesweise der jüngsten Zeit. Die augenblicklichen finanziellen Schwierigkeiten einzelner Versicherungsträger dienen als Vorwand zur Verwirklichung der weitgesteckten Ziele der Reaktion. Wenn es bisher der kräftigen Gegenwehr der Gewerkschaften gelang, die Bestrebungen der Scharfmacher zu vereiteln, so darf die Gefahr, die der Arbeiterschaft bezüglich ihrer sozialen Belange von dieser Seite her droht, doch nicht leicht genommen werden. Insbesondere auch deshalb nicht, weil in letzter Zeit die sogenannte „nationale Opposition" die Arbeitgeber zu der Hoffnung berechtigt hat, in ihr einen treuen Verbündeten zur Verwirklichung ihre antisozialen Ziele gewonnen zu haben. Wenn der prominenteste Führer dieser „nationalen Opposition" sich in Düsseldorf im feudalsten Hotel mit den Führern der Schwerindustrie ein Stelldichein geben und letztere diesem Parteiführer nach seiner Rede zujubeln, dann ist nicht mehr daran zu zweifeln, daß die Herren der Schlote für ihre Bestrebungen auf sozialpolitischem Gebiete einen willigen Partner gefunden haben. Mit seiner Hilfe hofft man in jenen Kreisen zu dem ersehnten Zele der völligen **Abhängigkeit der Arbeitnehmerschaft** zu gelangen.

Die Arbeiterschaft hat deshalb alle Veranlassung, der Propaganda der „nationalen Opposition" entgegenzutreten und besonders ihr arbeiterschädigendes Verhalten klar zu kennzeichnen. Zu viel steht für sie bei einem Siege dieser extremen Gruppen auf dem Spiele. Nichts mehr und nichts weniger als die Lebensarbeit unserer wackeren, unerschrockenen Vorkämpfer. In einer Zeit, als es wahrhaftig nicht leicht war, sich zu einer gewerkschaftlichen Organisation zu bekennen, haben diese, angefeindet von allen Seiten, den Kampf für ein freieres Arbeitsrecht, für Ausbau der Sozialgesetzgebung und für Anerkennung des Arbeiterstandes als gleichberechtigten Faktor in Staat und Wirtschaft aufgenommen. Dieser jahrzehntelang mit eiserner Ausdauer geführte Kampf blieb nicht ohne Erfolg. Großes ist ohne jeden Zweifel erreicht worden.

Trotzdem ist die Auffassung über das Erreichte in manchen Arbeitnehmerkreisen keine einheitliche. Ihr Urteil, besonders über die Sozialversicherung, ist sehr oft geringschätzend. Gewiß soll nicht verkannt werden, daß die von der Not der Zeit diktierten Sparmaßnahmen, die in den letzten Jahren wiederholt Platz griffen, für die Arbeiterschaft außerordentlich hart sind. Aber hierbei handelt es sich um Notmaßnahmen, die zum größten Teil notwendig waren, um das ganze Sozialversicherungswerk über die Krisenzeit hinüberzuretten. Aufgabe der Gewerkschaften wird es sein müssen, bei ansteigender Konjunktur für die Wiederaufhebung dieser Notmaßnahmen zu sorgen.

Aber bei allen Mängeln, die unserer Sozialgesetzgebung anhaften und die durch eine niegekannte Wirtschaftskrise manchmal recht kraß in die Erscheinung treten, wollen wir doch nicht verkennen, welch gewaltige Umwälzung in der Nachkriegszeit auf sozialpolitischem Gebiete eingetreten ist. Wer von unseren älteren Kollegen, der in der Vorkriegszeit den Kampf um ein freieres Sozialrecht mitgeführt hat, hätte je geglaubt, daß wir in einigen Jahren eine staatliche Arbeitslosenversicherung haben würden? Welches in damaliger Zeit von einem zum anderen Betrieb gehetzte Ausschußmitglied hätte es für möglich gehalten, in kurzer Zeit ein Betriebsrätegesetz zu bekommen, das dem einzelnen Betriebsvertreter einen staatlichen Schutz garantiert? Und welche Belegschaft eines Betriebes, die jahrelang um ein paar Prozent Lohnerhöhung mit ihrem Arbeitgeber in Fehde lag, hätte je daran gedacht, daß in nicht zu ferner Zeit die Arbeitsverhältnisse der gesamten Industriearbeiterschaft tariflich geregelt sein würden? Den ganzen Wert all dieser und noch anderer Errungenschaften einer verhältnismäßig kurzen Vergangenheit würde die Arbeiterschaft in dem Augenblick zu schätzen wissen, wo sie auf all dieses verzichten müßte.

Die Renten und Unterstützungen unserer Sozialversicherung sind gewiß nicht hoch. Es reicht manchmal kaum zum Notwendigsten. Und dennoch: Entzieht einem alten invaliden Arbeiter seine 35, 40 und mehr Mark an Rente, die er Monat für Monat bezieht. Einem solchen Arbeitsinvaliden würde man damit alles nehmen, was ihm das Leben noch lebenswert erscheinen läßt. Er würde damit in vielen Fällen völlig auf die Mildtätigkeit seiner Mitmenschen angewiesen sein. Oder: schafft die Krankenversicherung ab. Was wäre die Folge? Not und Elend würde in die Familien einziehen, deren Ernährer längere Zeit krank feiern müßte. Zudem würde jegliche Möglichkeit fehlen, dem Kranken eine sachgemäße ärztliche Hilfe zuteil werden zu lassen. Wie würde es sein beim Wegfall der Arbeitslosenfürsorge? Unsere älteren Mitglieder wissen es noch, wie es früher war. Der entehrende und entrechtende Gang zur Armenverwaltung wird noch manchem in Erinnerung sein.

Somit ist klar ersichtlich, daß die Arbeitnehmerschaft bei einem Siege der sozialen Reaktion **außerordentlich viel zu verlieren** hat. Alles das, was in 40jähriger, mühevoller und beschwerlicher Arbeit Stück für Stück aufgebaut wurde, müßte dann in Gefahr geraten. Das Lebenswerk unserer Gewerkschaftspioniere! Soll dieses Werk unserer Besten so leichten Kaufes einer Reaktion in den Schoß fallen? Soll sich zur Verteidigung dieser Errungenschaften keine junge Generation bereit finden? Der Gewerkschaftler Art war es von je her, wenn Gefahr drohte, enger zusammen zu rücken und den Kampf Schulter an Schulter gegen eine Welt von Feinden zu führen. So hat in der Vergangenheit mancher Gegner die Stärke des gewerkschaftlichen Zusammenschlusses erfahren. Sollte es heute anders sein? Sicher wird sich auch heute die gesamte Mitgliedschaft wie ein Mann zur Verteidigung ihrer Belange bereitfinden. Sie wird ihre ganze Kraft einsetzen, um durch Stärkung des Verbandes die dunklen Pläne der Reaktion zu durchkreuzen. Je mehr sich diese Reaktion hinter radikalen Phrasen verbirgt, um ihre wahren Absichten zu verschleiern, um so klarer wollen wir aussprechen und auch dem letzten Arbeiter begreiflich machen, um was es geht. **Wenn jeder an seinem Platze und auf dem Posten ist und seinen Verband vorwärts zu bringen sich bemüht, dann muß der Ansturm zerschellen.** K. W.

Industrie- und Organisationsverhältnisse in der englischen Baumwollindustrie

(Schluß.)

Genaue Lohnziffern für diese Industrie anzugeben, ist nahezu unmöglich. Das Listensystem ist eines der kompliziertesten unter allen Entlohnungsmethoden in der Welt und ist zudem verschieden in den einzelnen Berufsgruppen und den Distrikten. Einige typische Lohnziffern mögen deshalb genügen, ein wenn auch nur annähernd genaues Bild von den Löhnen in Lancashire zu geben:

Die Löhne vom September 1931 betrugen für:
Weber 40—60 Schilling*);
Webereimeister 60—100 Schilling;
andere gelernte Arbeiter haben ein Minimum von 47,6 Schilling;
Spinner (Mule) 62—75 Schilling;
Spinner (Kettengarn) 45—47 Schilling;
weibliche Arbeiter an Ringspinnmaschinen 19,3—32,5 Schilling.

Mädchen bis zu 16 Jahren erhalten gewöhnlich 16 Schilling; Arbeiter unter 21 Jahren, die als ungelernt bezeichnet werden, 12—35 Schilling.

Wenn diese Löhne auch oft überschritten werden, so liegen doch weite Kreise der Arbeiterschaft unter diesem Durchschnitt. Weber zum Beispiel arbeiten zum großen Teile mit einer geringeren Anzahl von Webstühlen und erhalten einen dementsprechend geringeren Lohn. 1/4, 1/2, 3/4 des normalen Verdienstes sind in manchen Webereien zum „Normallohn" geworden. Vor allem in Städten, die in erster Linie auf die niederen Qualitäten eingestellt sind, herrschen traurige Verhältnisse. In Great Harwood z. B. waren von 23 Betrieben 5 in Betrieb und keine von diesen 5 arbeitete voll. 60 Prozent aller Arbeiter waren arbeitslos.

In den Städten Lancashires, die mit ihren langen Reihen von Arbeiterhäusern (Einfamilienhäuser sind die Regel, Häuser mit mehreren Familien sind eine seltene Ausnahme) den Eindruck eines gesunden Wohlstandes machen, zog grene Not ein. Die aufstrebenden Industrien des Ostens nahmen Lancashire im wahrsten Sinne des Wortes seine Existenzgrundlage. Die Senkung der Produktionskosten ist eine Frage der Existenz für große Teile der Industrie geworden. Die Löhne und Arbeitsbedingungen werden von den Gewerkschaften erhalten — ihre Senkung würde sowieso keinen großen Einfluß auf die Herstellungskosten haben. Die Tatsache, daß andere Industrien zu billigeren Preisen verkaufen, muß daher auf andere Dinge zurückgeführt werden.

Der erfolgreichste Konkurrent Englands ist Japan. Zwar hat die japanische Industrie den Vorteil billigerer Arbeitskraft. Ein kurzer Blick auf die Organisationsverhältnisse in Japan, verglichen mit denen in Lancashire, wird jedoch zeigen, wo der Vorteil der japanischen Industrie liegt.

Die japanische Industrie wird geführt von drei oder vier großen Organisationen (ähnlich den deutschen Konzernen), die sich durch eine erstaunliche Beweglichkeit auszeichnen. Drei große Verkaufsorganisationen beherrschen Angebot und Verkauf von fast 70 Prozent der Rohbaumwolle und ungefähr 60 Prozent der gesamten Produktion. Eine einzige Vereinigung beherrscht die gesamte Garnproduktion. Durch diese hervorragende Organisation sichert sich die Industrie billige Rohstoffe, Vereinfachung der Produktion durch Standardisierung und lange Kommissionen. In Lancashire gibt es 350 Handelsfirmen für den Import von Rohbaumwolle, 1200 Produktionsbetriebe und 950 Exportfirmen für die fertigen Waren.

Aehnlich wie in Japan, wenn auch in geringeren Maßstäben, liegen die Dinge in China und Indien. Lancashire wäre bei besserer Organisation, auch unter Beibehaltung der heutigen Löhne, wohl in der Lage, mit diesen Industrien, zum wenigsten in den mittleren und etwas über „Schundware" stehenden Qualitäten, zu konkurrieren. Nur die europäischen und amerikanischen Industrien sind für Lancashire von wirklicher Gefahr, wenn sie, wie die Industrie in den südlichen Staaten der Vereinigten Staaten von Nordamerika, die Arbeiter unter wahren Hungerlöhnen beschäftigen. Italien, Deutschland, Belgien und selbst Amerika sind jedoch bis heute nur Konkurrenten von geringer Bedeutung. Annähernd 85 Prozent der englischen Textilexporte gingen 1913 nach dem Osten. Hier liegen die Hauptprobleme.

Die ständig steigende Not in Lancashire zwingt langsam selbst den traditionellen Konservatismus und Individualismus nieder.

Ansätze zu einer Vereinigung der Produktionsfirmen sind vorhanden. Mit Zöllen sucht man den Innenmarkt zu schützen. Selbst die Gewerkschaften werden wohl in Kürze dem Zweischneidigsten zustimmen müssen, gegen das sie sich bis heute erfolgreich wehren konnten. Hin und wieder taucht der Plan einer Uebernahme oder Kontrolle der Industrie durch die Regierung auf. Im ganzen gesehen ist jedoch wenig Hoffnung auf eine Umstellung vorhanden.

*) 1 Schilling = 1,04 M. (bei normalem Kurs). — Alle Löhne sind für eine Woche.

Allgemeine Rundschau

Wichtige Anschriftenänderung.

Im Interesse unserer Leser teilen wir mit, daß unser Deutscher Versicherungskonzern, dem die Deutsche Lebensversicherung Gemeinnützige Aktien-Gesellschaft und die Deutsche Feuerversicherung Aktien-Gesellschaft angeschlossen sind, vor kurzem sein neues Verwaltungsgebäude in Berlin-Wilmersdorf 1, Hohenzollerndamm 174—177, bezogen hat. Es empfiehlt sich, diese Anschrift genau vorzumerken.

Wir benutzen diese Gelegenheit, unsern Mitgliedern erneut in Erinnerung zu bringen, daß sie sich beim Abschluß von Versicherungen (Lebens-, Sterbegeld-, Töchteraussteuer-, Feuer-, Einbruchsdiebstahl-, Unfall-, Haftpflichtversicherungen) nur mit unserm Deutschen Versicherungskonzern in Verbindung setzen möchten.

Welches Alter stellt die meisten Erwerbslosen?

Nach einer Veröffentlichung der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung war am 15. Januar 1932 bei den Hauptunterstützungsempfängern in der Arbeitslosenversicherung die Altersklasse zwischen 25 und 30 Jahren am stärksten besetzt. 18,1 v. H. der Hauptunterstützungsempfänger gehören in diese Gruppe. Fast ein Viertel der weiblichen Hauptunterstützungsempfänger befindet sich in der Altersklasse zwischen 21 und 25 Jahren, während zu dieser Altersklasse nur 15,8 v. H. der männlichen Hauptunterstützungsempfänger gehören. Bei den männlichen jugendlichen Hauptunterstützungsempfängern bis zu 21 Jahren wurden 11,7 v. H. und bei den weiblichen Hauptunterstützungsempfängern 21,1 v. H. gezählt. Gegenüber den früheren Zählungen vom Januar 1931 und vom 15. Juli 1931 ist eine Verschiebung in der Höherbesetzung der Altersgruppen von über 21 bis zu 45 Jahren und von über 45 bis zu 60 Jahren eingetreten. Die Altersgruppen bis zu 21 Jahren und über 60 bis 65 Jahren haben sich entgegen der allgemeinen Tendenz in der Besetzung verbessert. — Die umgekehrte Entwicklung ist jedoch bezüglich der Hauptunterstützungsempfänger in der Krisenfürsorge eingetreten. Hier stellt die größte Altersgruppe über 21 bis 45 Jahre 72,7 v. H. der männlichen und 81,4 v. H. der weiblichen Krisenunterstützungsempfänger. Die Altersgruppe über 45 bis zu 60 Jahren stellt 22,6 v. H. der männlichen und 15,4 v. H. der weiblichen Krisenunterstützungsempfänger, und die letzte Altersgruppe über 60 bis zu 65 Jahren 5,8 v. H. der männlichen und 2,5 v. H. der weiblichen Hauptunterstützungsempfänger in der Krisenfürsorge.

Das wahre Gesicht der reaktionären Arbeitgeber.

Schon seit langer Zeit ist im Arbeitgeberlager das Gerede von den „hohen Löhnen", den „bösen Gewerkschaften" und dergleichen mehr. „Nationale Arbeitgeber" und „soziale Universitätsprofessoren" bemühen sich schon seit geraumer Zeit, die öffentliche Meinung davon zu überzeugen, daß die Löhne zu „starr" sind und die „bösen Gewerkschaften" dies nicht einsehen wollen. Die „sozialen Professoren", die immer neue Wege zeigen, um die Wirtschaft „anzukurbeln", erwecken bei Andersdenkenden das Empfinden, daß im reaktionären Lager etwas zu verdienen ist. Der uns allen, besonders der Aachener Arbeiterschaft, wohlbekannte „soziale Hochschulprofessor" Schreber hat anscheinend für seine demagogische Theorie vom „Neandertalmenschen" und „Nur-Muskelarbeiter" schon Anhänger gefunden, die versuchen, sein unsoziales Geistesprodukt in die Praxis umzusetzen. Die Firma Goblet & Korreng, Aachen, wollte offenbar den ersten Versuch machen, die Theorie des Herrn Schreber in die Tat umzusetzen.

Als bereits im Aachener Tarifgebiet gemäß der Notverordnung die Tarifverträge geregelt waren, ließ die Betriebsleitung den Arbeiterrat rufen, um mit demselben neue Lohnregelungen vorzunehmen. Das Vorhaben der Firma war, die Löhne noch weiter abzubauen. Der durch die Notverordnung erfolgte Lohnabbau genügte dieser Firma nicht, sondern um die Wirtschaft weiter „anzukurbeln", wollte sie einen 25prozentigen Lohnabbau vornehmen. Dieses Ansinnen der Betriebsleitung wurde vom Arbeiterrat entschieden abgelehnt. Daraufhin erklärte die Betriebsleitung, wenn der Arbeiterrat nicht dem 25prozentigen Lohnabbau zustimme, werde die Firma einen 40prozentigen Lohnabbau durchführen. Dem Arbeiterrat wurde erklärt, daß von der nächsten Lohnwoche an statt sechs nur noch vier Tage gearbeitet würde, welches für die Belegschaft einen 40prozentigen Lohnausfall bedeute. Doch die Firma hatte ihre Kalkulation ohne die Gewerkschaften gemacht. Der Arbeiterrat setzte sich sofort mit den Gewerkschaftsvertretern ins Benehmen, die mit der Betriebsleitung Verhandlungen aufnahmen. Die Gewerkschaftsvertreter wiesen auf die vertraglichen Bestimmungen hin und erreichten, daß keine weiteren Lohnkürzungen erfolgten. Des weiteren wiesen die Gewerkschaftsvertreter auf das Ungesetzliche der sofortigen eingeführten Kurzarbeit hin. Die Firma mußte von den Gewerkschaftsvertretern dahin rechtsbelehrt werden, daß eine Verkürzung der Arbeitszeit nur mit voraufgegangener 14tägiger Kündigungsfrist möglich sei. Daraufhin sah sich die Firma veranlaßt, ihre Forderungen fallen zu lassen. Der geplante Lohnabbau und die Kürzung der Arbeitszeit, die lediglich den 40prozentigen Lohnabbau bezwecken sollte, wurde durch das Eingreifen der Gewerkschaften vereitelt. Bis heute arbeitet die Firma noch immer 48 Stunden.

Das Vorhaben dieser Firma muß uns zu denken geben. Unbehindert hätte diese Firma handeln können, wenn es keine Gewerkschaften gegeben hätte. Glauben wir nicht, dies wäre das einzigste Unternehmen, welches so handeln würde. Viele würden gleiches tun, wenn die Gewerkschaften keine Bedeutung hätten. Als Arbeiterschaft müssen wir aus diesem Vorgang lernen. Nur die „bösen Gewerkschaften" können solchen Forderungen entgegenwirken. Besonders in der Jetztzeit sind die Gewerkschaften nötiger als je. Der Kampf gegen unsere Gewerkschaften und deren Führer muß in uns die Gegenwirkung auslösen: nun erst recht zu sorgen für die Stärkung unseres christlichen Textilarbeiterverbandes.

Gelbe Wühler am Werk

Völlig daneben gelungen war ein Versuch der Gelben, die überwiegend christlich organisierte Arbeiterschaft in Schiefbahn für ihre Idee zu gewinnen.

Die Belegschaft der Vereinigten Seidenwebereien hatte zum zweiten Male die Einführung der Nachtschicht abgelehnt. Das mit gutem Recht, zunächst mit Rücksicht auf die Massenarbeitslosigkeit in der hiesigen Gegend, dann aber auch, weil seitens der Firma jegliche Garantie für Beibehaltung der Arbeitszeit und Beschäftigtenziffer rundweg abgelehnt wurde. Auch persönliche Verunglimpfungen des christlichen Betriebsratsvorsitzenden Dappen führten nicht zum Ziele. Was lag da näher, als der Firma und den mit ihr liebäugelnden Kreisen die Einführung einer sogenannten gelben Gewerkschaftsbewegung zu empfehlen. Dazu gehören allerdings auch Mitglieder. Diese zu bekommen, sollte ein groß angelegte öffentliche Versammlung dienen. Als diese stattfand, hatten sich trotz erdenklicher Mühe nur rund 20 Leute eingefunden, die von dieser Idee eine Lösung der Krise erwarteten. Interessant war, festzustellen, daß es sich neben den aus der Umgebung importierten Werkvereinlern nur um sympatisierende Anhänger aus den Reihen des Stahlhelms und der Nazis handelte. So war auch als Referent ein auswärtiger Drahtzieher, ein sogenannter Bergarbeiter aus dem Ruhrgebiet, der zwar wenig über die Schiefbahner Verhältnisse zu sagen wußte, dafür aber mit seiner Weisheit über die Fehler des „Systems" die paar Leute langweilte. Leben kam erst in die Versammlung, als nach dem Vortrag unsere Leute aus einer Parallelversammlung im Saal erschienen und nunmehr die Leitung übernahmen. In treffenden Ausführungen mußte unser Redner die Irrgänge des Referenten zu widerlegen. Lange Gesichter gab es am Vorstandstisch, als ein strammer Nazijüngling rund heraus erklärte, daß seine Richtung die R.G.O.-Bewegung ablehne.

Stürmisch verlangten unsere Mitglieder eine Aussprache über die betrieblichen Verhältnisse, besonders eine Rechtfertigung der gegen unser Betriebsratsmitglied erhobenen Vorwürfe. Jetzt zeigte sich die ganze Feigheit der Drahtzieher. Diese Aussprache wurde rundweg verweigert. Ueberhaupt sollte nach dem ersten Diskussionsredner kein anderer christlich organisierter Arbeiter mehr das Wort erhalten.

Der nun folgende rasche Schlußakt der Versammlung, das „ehrende" Geleit, das unsere Teilnehmer den sich unter Polizeischutz zur Bahn begebenden Provokateuren bereiteten, dürfte diesen die Aussichtslosigkeit ihres Eindringens in die hiesige Gegend mit aller Deutlichkeit vordemonstriert haben. Ebenso die Tatsache, daß unserer Arbeiterschaft auch weiterhin der christliche Textilarbeiterverband zur Interessenvertretung vollauf genügt.

Die Arbeitszeitregelung in der Textilindustrie

Die christlichen Gewerkschaften sind niemals für eine schematische Regelung der Arbeitszeit eingetreten. Sie haben immer den gegebenen Notwendigkeiten Rechnung getragen und auch in den tariflichen Abmachungen und Arbeitszeitabkommen mit den Unternehmern entsprechend gehandelt. So sehen insbesondere auch die Tarifverträge und Arbeitszeitabkommen für die Textilindustrie in den einzelnen Branchen und Tarifgebieten einen weitgehenden Spielraum für die Festsetzung der Arbeitszeit vor. Trotzdem taucht gerade in den letzten Wochen wieder auch in der Textilindustrie seitens der Unternehmer die Forderung nach einer Neuregelung der Arbeitszeit auf. Das Ziel dieser Forderung geht dahin, die gegenwärtige Höchstbegrenzung der normalen Arbeitszeit und Ueberstunden zu beseitigen und die Festsetzung der Arbeitszeit ganz der Anordnung der Betriebsleitung zu überlassen.

Insbesondere seitens der Unternehmer in der sächs. Textilindustrie wird diese Forderung neuerdings wieder erhoben. So machte der Arbeitgeberverband der sächs. Textilindustrie in seiner unlängst stattgefundenen Jahreshauptversammlung die Frage der Arbeitszeitregelung zu einem Hauptpunkt seiner Forderungen zur Wirtschaftskrise. Er weist dabei auf den starken Modecharakter und die Saisonbeeinflussung der sächsischen Textilindustrie insbesondere hin, die zur Folge habe, daß plötzlich gegebene Aufträge ruckweise und kurzfristig erledigt werden müßten, wozu eine elastischere betriebliche Arbeitszeitregelung unerläßliche Voraussetzung sei. Diese betriebliche Festsetzung der Arbeitszeit aber müsse dem Ermessen des Unternehmers überlassen bleiben; vorherige lange Verhandlungen mit der Betriebsleitung seien ein Hemmnis, das sich zum Nachteil von Betrieb und Belegschaft auswirke. — Diese Begründung des Verbandes sächsischer Textilindustrieller scheint für den Außenstehenden zunächst sehr einleuchtend und geeignet, die Berechtigung dieser Arbeitgeberforderung darzulegen. In Wirklichkeit allerdings liegen die Verhältnisse wesentlich anders und ergeben bei einer sachlichen Prüfung keinerlei Notwendigkeit zu den von den Arbeitgebern erhobenen Forderungen.

Der Verband sächsischer Textilindustrieller weist in seinem Geschäftsbericht und in der Begründung seiner Forderung auf Zulassung einer verlängerten Arbeitszeit selbst darauf hin, daß im Januar 1931 im Durchschnitt nur 42 Stunden wöchentlich und im Februar 1932 nur 39,5 Stunden gearbeitet wurde. Bis zur Durchführung der regelmäßigen Arbeitszeit von 48 Stunden hatte also der Verband zunächst schon einen Spielraum von 6 bezw. 8,5 Wochen Arbeitsstunden. Darüber hinaus aber sind durch das geltende Mehrarbeitszeitabkommen in der sächsischen Textilindustrie weitere 156 Stunden im Jahr auf Anordnung der Betriebsleitung zulässig. Das sind auf 52 Wochen verteilt weitere drei Wochen-Arbeitsstunden. Der Unternehmer kann aber nach den geltenden Mehrarbeitszeitbestimmungen diese 156 Mehrstunden pro Jahr auf Anordnung der Betriebsleitung auch innerhalb kürzerer Zeit, und zwar bis zu 60 Stunden pro Woche festsetzen. Er hat somit für die Erledigung dringender Aufträge gegenüber der regelmäßigen 48stündigen Arbeitszeit einen 12stündigen Mehrarbeitsspielraum und gegenüber der tatsächlich geleisteten durchschnittlichen Arbeitszeit von 42 Stunden im Januar einen Spielraum von 18 bezw. gegenüber der tatsächlich geleisteten durchschnittlichen Arbeitszeit von 39,5 Stunden im Februar einen Spielraum von 20,5 Stunden. Von einer „schematischen" Arbeitszeitregelung kann unter diesen Verhältnissen nicht mehr die Rede sein. Ebenso wenig ergibt sich angesichts dieser Tatsache die Notwendigkeit zu einer anderweitigen Regelung der Arbeitszeit.

Bei aller Berücksichtigung des Interesses des Unternehmers inbezug auf die Durchführung dringender Aufträge wird im Gegenteil aus sozialen Erwägungen heraus eine Verkürzung dieser zulässigen Höchstarbeitszeit von 60 Stunden erstrebt werden müssen. Das gegenwärtige Durcheinander in der tatsächlichen Arbeitszeit der verschiedenen Betriebe, die vorübergehend mit 24 und 32 Stunden beschäftigt sind, um dann wochenweise in Mehrschichten und Ueberstunden die Arbeitszeit bis zu 60 Stunden auszudehnen, ist auf die Dauer unhaltbar. Es ist dringend notwendig, daß die Regierung den Forderungen des christlichen Textilarbeiterverbandes für die Anpassung der Arbeitszeit in der Textilindustrie an die Wirtschaftskrise, Einführung der Fünftagewoche und Einschränkung des Ueberstunden- und Doppelschichtenwesens Rechnung trägt.

—r.

Krise – Rationalisierung – Arbeitslosigkeit

Die große Arbeitslosigkeit wirkt sich auf die Textilindustrie ganz besonders aus. Ein großer Volksteil ist arbeitslos und kann somit nicht konsequent sein, wie er es eigentlich sein müßte. Die Kaufkraft dieser Menschen ist zu sehr geschwächt, um neben den absolut notwendigen Lebensmitteln auch noch Textilwaren kaufen zu können. Was nicht dringend erforderlich ist, um sich als Kulturmensch behaupten zu können, wird zurückgestellt in der Hoffnung auf bessere Tage. Aber auch die Textilindustrie selbst hat leider dazu beigetragen, das Heer der Arbeitslosen zu vergrößern. Rationalisierung und stärkere Vermechanisierung war Tendenz des letzten Jahres. Das Arbeitsfeld des einzelnen Arbeiters ist vergrößert worden. In den Spinnereien ist man dazu übergegangen, mehr Spindeln wie bisher bedienen zu lassen. Dem einzelnen Weber ist die doppelte, ja teilweise die dreifache Zahl der Webstühle anvertraut. Früher hatte ein Weber vier oder zwei breite Stühle zu bedienen, heute bis zu acht schmalen oder bis zu sechs breiten Stühlen. Größtenteils wiegen dabei die technischen Verbesserungen die Mehraufwendung an Arbeitskraft nicht auf.

Trotz der Mehraufwendung an Arbeitskraft ist gleichzeitig eine Minderentlohnung eingetreten. Also trotz Mehrleistung niederer Lohn. Die Verbilligung der Preise hat zwar die Kaufkraft des niedrigen Lohnes wieder in etwa erhöht. Die reale Kaufkraft ist jedoch infolge der Kurzarbeit erheblich gesunken. Als Beispiel mag dienen, daß in einem westfälischen Textilbetriebe eine Abteilung seit zwei Jahren Kurzarbeit verrichtet. Die Arbeiter dieser Abteilung verdienen bei 24stündiger Arbeitszeit in der Woche 14,76 M. Bruttolohn, rechnet man 2,50 M. ab für Steuern und Sozialversicherungsbeiträge, so verbleibt ein Nettolohn von 12,26 M. Hinzu kommt eine Kurzarbeiterunterstützung von durchschnittlich 2,80 M., somit hat der einzelne Kurzarbeiter 15,06 M. Reaeinkommen in der Woche. Daß eine Familie mit diesem Einkommen das Existenzminimum unterschritten hat, braucht wohl nicht erwähnt zu werden. Der tarifliche Lohn ist im vergangenen Jahr für Facharbeiter über 23 Jahre von 71,5 auf 61,5 Pfg., also um 14 Prozent gesunken. Der Akkordarbeiterlohn ist, da die Uebertariflöhne größtenteils abgebaut sind, um erheblich mehr als 14 Prozent gefallen. Die Folgen? — Ueberall, wohin man schaut, vergrämte, abgehetzte und nervöse Gesichter. Kein Wunder, was wirtschaftliche Not nicht ausrichtet, das besorgt die Mechanik. Der Mensch ist nur noch ein Stück der Maschine. In Urzeiten galt das Wort Gottes: Machet euch die Erde untertan. Heute aber macht sich nicht der Mensch die Erde untertan, sondern die Erde und ihre Erzeugnisse (die Maschinen) machen sich den Menschen untertan! Arbeit aber, die das Gehirn ausschaltet und dafür die kalte Maschine einsetzt, kann wohl Nervosität und Unlust, nie aber Arbeitsfreude hervorrufen. Eines möchte man wünschen: Mögen die Sorgen und die übrigen Zeichen der Jetztzeit die Gemüter nicht zu sehr bedrücken, damit alle, wenn wieder bessere Zeiten kommen, ihnen mit größerer Arbeitsfreude und größerem Arbeitsinteresse entgegengehen.

Franz Lehmkuhl.

Doppelverdiener

Ueber die Angelegenheit der sogenannten Doppelverdiener ist es trotz des ungeheuren Ansteigens der Arbeitslosen auf über 6 Millionen in der letzten Zeit wieder sehr ruhig geworden. Es hat fast den Anschein, als sollte in dieser für das Volk so wichtigen Frage vorläufig nichts unternommen werden. Ein Standpunkt, der von den breiten Volksmassen einfach nicht verstanden werden kann, zumal in einer Zeit, in der in gewissen Volksversammlungen immer wieder auf die große Zahl der Doppelverdiener hingewiesen wird. Wir haben in Industrie und Gewerbe vielfach zu verzeichnen, daß von einer Familie Mann und Frau gleichzeitig im Betrieb beschäftigt sind. Der Verdienst des Mannes allein reicht eben nicht aus, die Familie zu ernähren. So muß die Frau neben ihrer häuslichen Tätigkeit auch noch täglich mindestens acht Stunden an der Maschine stehen. Das wird so bleiben, solange eben der Lohn des Mannes nicht ausreicht, menschenwürdig für die Familie zu sorgen. —

Wir haben aber eine andere Sorte von Doppelverdienern in einer Person, meistens pensionierte oder auf Wartegeld gesetzte Beamten, wie auch pensionierte Offiziere. Darunter Tausende von Leuten, die wirklich mit den Bezügen, die sie vom Staate erhalten, auskommen könnten und es nicht nötig hätten, einem anderen Volksgenossen den Arbeitsplatz wegzunehmen: Ein noch in den besten Jahren stehender Beamter ist auf Wartegeld gesetzt, er hat nun nebenbei noch eine Kohlenhandlung angefangen. Wieder ein anderer ist Versicherungsinspektor. Gerichtsbeamte a. D. fungieren als Konkursverwalter. Ein pensionierter Major eröffnet mit großer Reklame ein Radiogeschäft. In fast jedem größeren Betrieb sitzen pensionierte Offiziere, die teils der Betriebskrankenkasse vorstehen, teils die Lohnbuchhaltung führen oder den Direktor vertreten. Von den Arbeitern lassen sich diese Herren mit „Herr Major" oder „Herr Hauptmann" ansprechen. Dabei sind unter diesen Herren sehr viele, die über das jetzige „System" schimpfen, aber ruhig vom Staat ihre Pensionen einstecken. Dazu kommen dann noch die sogenannten Großpensionäre, die nahezu ausschließlich nebenbei noch wunderbare Einkommen haben. Das sind Krankheiten an unserem Volkskörper, die beseitigt werden müssen. Der arme Invalidenrentner muß mit einer Rente von 40,— Mk. im Monat auskommen, er muß zwei Drittel erwerbsbeschränkt sein. Würde er einen Nebenverdienst haben, der nur halb so hoch ist wie seine bescheidene Rente, so würde ihm diese genommen. Müssen wir denn zweierlei Recht in Deutschland haben? Was für den Sozialrentner gilt, müßte auch für den Pensionär und Großpensionär in Kraft treten. Leute, die soviel vom Staat erhalten, daß sie hiervon leben können, brauchen nicht anderen Menschen die Existenz wegzunehmen. Tun sie das doch, so sollte der Staat diese Nebeneinkünfte bei der Pensionsgewährung voll in Anrechnung bringen. Auch dann, wenn es sich hier um „wohlerworbene Rechte" handelt. Diese wohlerworbenen Rechte müssen ja auch vom Volk getragen werden. In einer Zeit, in der der größte Teil des Volkes Not leidet, könnte eine solche Maßnahme wirklich befreiend wirken. Der Staatshaushalt würde durch ein derartiges Gesetz wesentlich entlastet. Leider ist ein in dieser Richtung gehender Antrag der Abgeordneten Dr. Perlitius und unseres Verbandsvorsitzenden Fahrenbrach im März vorigen Jahres vom Reichstag abgelehnt worden. Sonderbarerweise haben auch Sozialdemokraten und Kommunisten gegen diesen Antrag gestimmt. Hoffentlich besinnt sich hier der Reichstag eines besseren und trifft eine Regelung, die dem gerechten Empfinden breitester Volksschichten Rechnung trägt.

J. K.

Schiedsspruch für die badische Textilindustrie

Da die am 18. März vor dem Schlichter für Südwestdeutschland stattgefundenen Verhandlungen für die badische Textilindustrie ergebnislos verliefen, wurde zur Fällung eines Schiedsspruches eine Schlichterkammer gebildet. Diese Schlichterkammer legte zunächst den Parteien einen Beschluß vor, wonach für den Fall, daß die Parteien sich mit einer Verlängerung des Lohntarifes bis zum 30. 4. 32 einverstanden erklärten, die Beratung der Schlichterkammer vorläufig vertagt werden solle. Nach dem 30. April soll dann die Schlichterkammer ihre Beratungen fortsetzen, um zu bestimmen, wie das Tarifverhältnis sich nach dem 30. April gestalten soll. Dieser Beschluß wurde jedoch von den Arbeitnehmern abgelehnt. Es wurde dann ein Schiedsspruch gefällt, der eine Verlängerung des Lohntarifes bis zum 7. Mai vorsieht. Diesen Schiedsspruch haben die Gewerkschaften wegen der kurzen Laufzeit von nur fünf Wochen und besonders auch deswegen abgelehnt, weil der Schlichter keinen Hehl daraus machte, daß er nach dieser Frist eine weitere Lohnsenkung der an sich schon niedrigen Lohnsätze beabsichtigt.

Geschäftsstellenkonferenz Ettlingen

Die Geschäftsleitung Ettlingen hatte am 13. Februar die Vertrauensleute des Albtals zu einer Konferenz in das Gasthaus „Zur Krone" in Reichenbach einberufen. Um 4 Uhr eröffnete der Vorsitzende, Kollege Engelmann, die gut besuchte Tagung mit kurzen Begrüßungsworten. Ein besonderes Willkommen entbot er dem Kollegen Fahrenbrach aus Düsseldorf, dem Bezirksleiter Rümmele, Freiburg, sowie dem neuen Geschäftsführer Durst. Nach Bekanntgabe der Tagesordnung durch den Vorsitzenden nahm der Kollege Fahrenbrach das Wort zu seinem Referat.

In seinen eineinhalbstündigen, auf allgemeinpolitischen, wirtschaftlichen und gewerkschaftlichen Grundsätzen aufgebauten Ausführungen zeichnete der Redner in tiefschürfenden Ausführungen ein getreues Bild von den Geschehnissen der letzten Jahre. Im weiteren Verlauf seiner Ausführungen kam der Redner auf die gewerkschaftliche Lage allgemein und der unseres Verbandes im besonderen zu sprechen. In der Aussprache, an der sich fast alle führenden Kollegen beteiligten, fanden die Ausführungen des Kollegen Fahrenbrach Zustimmung. Verschiedene Regierungsmaßnahmen, vor allem in der Lohnpolitik und der einschneidenden Kürzung der Arbeitslosenunterstützung für ländliche Arbeitnehmer, fanden schärfste Kritik. Sodann sprach der Bezirksleiter Kollege Rümmele über den Verlauf der Lohnverhandlungen in Baden. Ferner berichteten die Betriebsratsmitglieder über die erfolgte Neuregelung der Akkordlöhne bei der Spinn- und Weberei Ettlingen. Der Unwille der Arbeiterschaft über die ihr aus Anlaß des Zusammenbruchs des Blumensteinkonzerns auferlegten Lasten kam deutlich zum Ausdruck.

Als nächsten Punkt gab der Kollege Engelmann den Geschäfts- und Kassenbericht für das Jahr 1931. Derselbe gab den Delegierten Anlaß, dem scheidenden Kollegen Engelmann für seine zwölfjährige, erfolgreiche Tätigkeit im Albtal wärmsten Dank und Anerkennung auszusprechen. Seiner umsichtigen Leitung ist es vor allem zu verdanken, daß sich der christliche Textilarbeiterverband die alte Schlagkraft und die alte Stärke im Albtal bewahrt hat. Dank gebührt auch dem Kollegen Rümmele, der sich immer für die Interessen der Textilarbeiter des Albtals erfolgreich eingesetzt hat. Der Kollege Engelmann dankte auch seinerseits allen Mitarbeitern, die ihn in seiner Arbeit unterstützt haben und gab das Versprechen, auch in Zukunft für unsere Sache tätig zu sein. Kollege Durst richtete ebenfalls einige Worte an die Anwesenden und bat um das Vertrauen und um die Mitarbeit aller Mitglieder.

Nach einstimmiger Annahme nachfolgender Entschließung fand die Konferenz um 10 Uhr ihren Abschluß.

Entschließung.

Die Geschäftsstellenkonferenz des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter der Geschäftsstelle Ettlingen, welche am 13. Februar in Reichenbach stattfand, befaßte sich auch mit der neuerlichen Kürzung der Unterstützungssätze der Arbeitslosenversicherung für Arbeitslose, die noch einen kleinen landwirtschaftlichen Besitz haben. Als eine besondere Härte wird es empfunden, daß die Krisenunterstützung für solche Arbeiter ganz erheblich gekürzt wurde. Die scharfe Anwendung der Bedürftigkeit erzeugt derart große Härten, daß eine Lebensmöglichkeit für diese Arbeiterschichten nicht mehr gegeben ist.

Die Konferenz erwartet daher, daß bei der Festsetzung von Richtsätzen für Arbeitslose mit kleinem landwirtschaftlichen Besitz der Wirklichkeit mehr als bisher Rechnung getragen wird. Durch die bisherigen Maßnahmen verlieren diese nicht nur ihre Unterstützung, sondern auch ihren sauer errungenen kleinen Besitz. Sie fordern allgemein eine andere Behandlung der ländlichen Industriearbeiter in der Arbeitslosenversicherung.

Geschäftsstellenkonferenz Dülmen-Coesfeld

Die Leitung des christlichen Textilarbeiterverbandes Dülmen-Coesfeld hatte für Samstag, den 27. Februar, nach Dülmen eine Konferenz ihrer Funktionäre einberufen. Die Tagung selbst fand im katholischen Gesellenhause statt. Der Kollege Göcke, Coesfeld, konnte über 100 Teilnehmer aus den Ortsgruppen Dülmen, Coesfeld, Hallern und Billerbeck begrüßen.

Vor Eintritt in den eigentlichen Beratungsstoff wurde als Leiter der Tagung einer der ältesten und verdientesten Mitglieder, Theodor Remering, Dülmen, gewählt. Dieser nahm die Wahl an und übergab nach Erledigung einiger geschäftlicher Mitteilungen dem Kollegen Göcke das Wort zum Jahresbericht. Dieser führte etwa folgendes aus:

Auch die Textilindustrie ist von der Krise arg erfaßt. Etwa 200 000 Erwerbslose werden hier gezählt. Das ist fast ein Viertel der gesamten Textilarbeiterschaft. Von den Mitgliedern des christlichen Textilarbeiterverbandes waren am Schlusse des Jahres 1931: 22 Prozent noch erwerbslos und etwa 50 Prozent waren Kurzarbeiter. Das zeigt auch hier das Ausmaß der Krise. Hauptgrund derselben ist der Krieg mit seinen Folgen. Es kommt hinzu die starke Auslandsverschuldung, falsche Investitionspolitik in unserer Wirtschaft und eine übertriebene Rationalisierung. In vielen Betrieben macht sich das Bestreben bemerkbar, den Arbeitern sechs und sogar acht Stühle aufzuladen. Durch diese Umstellungen ist mancher Arbeiter um seinen Arbeitsplatz gebracht worden. Für jene aber, die im Arbeitsprozeß bleiben, ist die Folge eine stärkere Arbeitsbelastung, in vielen Fällen ohne höheren Lohn. Wir müssen verlangen, daß der höheren Leistung entsprechend auch ein höherer Lohn gezahlt wird. Wo das nicht der Fall ist, muß es erstrebt werden.

Es folgt dann der Bericht über die Mitglieder- und Kassenverhältnisse in der Geschäftsstelle vom vergangenen Jahre. Beide wurden durch Kurzarbeit und Erwerbslosigkeit beeinträchtigt. Im Grunde sind sie aber gesund. Bedeutend ist in der Krisenzeit auch die Leistung der Bewegung für erwerbslose und kranke Mitglieder. An diese wurden 5488 RM. ausgezahlt. Eine Summe, die zweifellos viel Not und Elend in den Mitgliederkreisen gemildert hat.

Im folgenden Teil des Vortrages gab der Redner einen Ueberblick über die Vorgänge auf lohnpolitischem Gebiete im Vorjahre. Er zeigte die Forderungen der Arbeitgeber. Der Wunsch des Unternehmertums auf Beseitigung der Verbindlichkeitserklärung von Schiedssprüchen ist nicht in Erfüllung gegangen. Das Tarifgebäude konnte auch über das schwere Jahr 1931 hinweggerettet werden.

Die Bewegung war bisher der Schutzwall gegen diese Angriffe, sie wird es auch in Zukunft sein. Diese Bewegung heißt es zu stärken. Unsere Parole lautet: Gegen soziale Reaktion, für Erhaltung unserer Arbeiterrechte.

Die Ausführungen wurden mit lebhaftem Beifall aufgenommen und fanden auch in der Aussprache rege Zustimmung. Von allen Seiten kam die Bereiterklärung, mit allen Kräften an der Stärkung der Bewegung mitzuwirken.

Nach Schluß einer kurzen Pause nahm dann der Kollege August Heeke, Münster, das Wort zu seinem Vortrag über: Die Entscheidungsstunde des deutschen Volkes und die Aufgabe der christlichen Arbeiterschaft. Der Vortrag des Kollegen Heeke war ein eindrucksvolles Bekenntnis zum sozialen und nationalen Volksstaat, eine klare Abrechnung mit dem Rechts- und Linksradikalismus, sowie ein zündender Aufruf für die Wiederwahl Hindenburgs und das Vertrauen zu Brüning. Der Vortrag fand die Zustimmung und den Beifall aller Teilnehmer. Von einer besonderen Aussprache wurde wegen der vorgerückten Zeit abgesehen.

Am Schlusse der Konferenz konnte der Versammlungsleiter feststellen, daß die Veranstaltung ein großer Erfolg für unsere Geschäftsstelle sei. Sie werde auch ganz gewiß ihre guten Früchte zeigen. Er schloß mit dem Treue-Bekenntnis zur christlichen Gewerkschaftsbewegung und zum deutschen Volke. Mit einem dreifachen Hoch wurde die Konferenz geschlossen.

Berichte aus den Ortsgruppen

Kassel. Am 21. Februar hatte unsere Ortsgruppe ihre diesjährige Generalversammlung. Der Jahres- und Kassenbericht gab trotz der schwierigen wirtschaftlichen Lage ein zufriedenstellendes Bild von der Entwicklung der Ortsgruppe. Die anschließende Vorstandswahl brachte einstimmige Wiederwahl desselben. Kollege Maubach, Fulda, hielt darauf ein Referat über wichtige Tagesfragen. Er ging zunächst ein auf die Versuche der Arbeitgeber, die Akkord- und Branchenzuschläge für Zeitlöhner um 10—15 Prozent zu kürzen und berichtete über die diesbezüglichen ergebnislosen Verhandlungen vor dem Schlichter. Weiter sprach der Redner über die Auswirkungen der Notverordnung auf Lohn- und Sozialpolitik. Er ging besonders ein auf die schwierige Lage der Unfall- und Invalidenversicherung und die Versuche, durch erneuten Leistungsabbau dieselben zu verschlechtern. Der Redner betonte eindringlich die Notwendigkeit, sich geschlossen gegen diese Versuche zur Wehr zu setzen und die Einigkeit der Arbeiterschaft in den Gewerkschaften zu sichern. Nach ausgiebiger Diskussion über die besprochenen Fragen wurde die Versammlung von dem Vorsitzenden mit dem Dank an alle Erschienenen geschlossen.

Krefeld. Zu einer eindrucksvollen Feierstunde fanden sich am 5. 3. 1932 die Vorstandsmitglieder der Ortsgruppe mit einem Kreis geladener Gäste zusammen, um der Uebergabe des im Verbandshaus, Bleichstraße 35, neugeschaffenen Konferenzzimmers beizuwohnen. Eingangs begrüßte Kollege Klüppels die Erschienenen, unter ihnen die Vertreter der anderen Berufsverbände sowie Kollegen Peter Nußbaum von der Hauptgeschäftsstelle Düsseldorf. Im Anschluß daran gab er einen kurzen Ueberblick über die Schaffung und Ausgestaltung dieses Raumes, dessen Zweck sein soll, eine Pflegestätte unserer Idee in der Gesamtbewegung, der Arbeiterinnenschulung und Jugendbildung zu werden. Mit Dankesworten übernahm der Vorsitzende der Ortsgruppe, Kollege Klapdor, den Raum sowie die weitere Leitung der Veranstaltung. Auch er gab einen klar umrissenen Plan über die Bestrebungen, denen der Konferenzraum nunmehr dienstbar gemacht werden soll, den Stamm überzeugter Kämpfer zu vergrößern, den Geist, der uns beseelt, lebendig zu erhalten und in der Jugend zu fördern, der Arbeiterinnenbewegung eine Heimstätte zu bieten. Den Reigen der Gratulanten eröffnete der Vertreter des Hauptvorstandes, Kollege Nußbaum, der seiner Anerkennung über das geschaffene Werk Ausdruck gab und gleichzeitig ein Patengeschenk der Hauptverwaltung übermittelte. Ihm folgten Vertreter der einzelnen Berufsverbände sowie der Kollegin Kappels für die Arbeiterinnenbewegung und Kollege Schnitz namens der Genossenschaft. Auch der neue Geschäftsführer Kollege Meinwächter bot um verständnisvolle Mitarbeit in der Erreichung der uns gestellten Aufgaben. Hervorzuheben seien die Ausführungen des alten Pioniers unserer Bewegung Kollegen Jakob Peich, der voll des Werk der Jugend anerkannte.

Alles in allem, eine Feierstunde; möge sie nachklingend für die Bewegung am Orte Fortschritt und Segen bedeuten.

Ochtrup. Am 15. Januar feierte unsere weibliche Jugendgruppe ihr Stiftungsfest, verbunden mit einem Werbeabend. Die Mitglieder nebst ihren Angehörigen waren alle recht zahlreich erschienen. Der Mandolinenklub „Gut Klang" leitete die Feier mit einem Eröffnungsmarsch ein. Anschließend trug die Kollegin Klärchen Brockmann einen Prolog recht eindrucksvoll vor. Die Vorsitzende B. Albersmann begrüßte alsdann alle auf das herzlichste, besonders den Kollegen Kamp aus Rheine sowie die Kollegen Kerkhoff und Sporenberg aus Gronau. Der Kollege Kamp hielt hierauf einen Vortrag über „Ziel und Zweck der Gewerkschaft" [illegible] und packenden Weise wurden die zeitentsprechenden Ausführungen aufgenommen. Nachdem ein Musikstück verklungen war, führten die Kolleginnen einen Reigen auf. Das Duett „Trine wünscht Anstandskursus" sowie das Duett „Mit Schrubber und mit Besen" riefen allgemeine Lachsalven hervor. Hierauf wurde das Theaterstück „Dienstbotenstreiche" aufgeführt. Man saß noch lange fröhlich beisammen. Die Jugend sprach lebhaft dem Tanze zu, und die Alten erzählten sich aus vergangenen schönen Tagen. Der Kollege Hinkenjahn hielt dann die Schlußrede. Er dankte allen herzlichst, welche zur Verschönerung des Festes beigetragen hatten. B. St.

Osnabrück. Unsere Ortsgruppe hatte ihre Mitglieder am Sonntag, dem 14. Februar, zur Generalversammlung eingeladen. Nach dem Ortsgruppenbericht erhielt Kollege Artkötter aus Rheine das Wort zum allgemeinen Jahresbericht. Er ging besonders auf die wirtschaftlichen Geschehnisse, die Schwierigkeit auf dem Geldmarkt sowie die Reparationspolitik der letzten Jahre ein. Auch die Tarif- und Lohnfragen wurden vom Redner ausführlich behandelt. Ebenso die Frage der Nationalisierung, nachdem hier das 6- bis 24-Stuhlsystem eingeführt werden soll. Auch die Preissenkung und Arbeitslosigkeit fanden in seiner Rede Würdigung. Unter allgemeinem Beifall dankte ihm der Vorsitzende für seine Ausführungen. Darauf wurde zur Wahl eines Schriftführers geschritten. Der Kollege Meyer wurde vorgeschlagen und einstimmig gewählt. Einige frohe Stunden mit den Familienangehörigen beim Gesange schöner Lieder und Vortrag von Reuters Erzählungen schlossen sich der schön verlaufenen Generalversammlung an. M-r.

Bücher und Schriften

„Der Selbsthilfesiedler". 112 S. Preis RM. 1,50.

Endlich ein wirklich praktisches Buch. Nicht allein für solche, die siedeln wollen, sondern auch für alle diejenigen, die etwas Land besitzen oder gepachtet haben. Sowohl über Grundstücksanlage und zweckmäßige Bauausführung, wie auch über Gartenbau und Kleintierhaltung sind in dem Buch wertvolle und nützliche Ausführungen enthalten. Man merkt es, daß die Verfasser Männer mit großer praktischer Erfahrung sind. Trotzdem das Werk mehr auf Kleinsiedlung (Stadtrand- und Nebenerwerbssiedlung) abgestellt ist, werden auch andere — besonders auch die Gewerkschaftsmitglieder in den ländlicheren Gebieten — es mit Nutzen lesen. In den letzten Jahren hat es an theoretischen Abhandlungen über Siedeln nicht gefehlt. Hier kommt vorwiegend die Praxis zu Wort. Das Werk verdient Empfehlung.

Zu beziehen durch den christlichen Gewerkschaftsverlag, Berlin-Wilmersdorf.

Achtung! Achtung!

Verbandsbezirk Westfalen

Gegen Reaktion u. Umsturz, für Arbeit u. Aufstieg!

Unter diesem Kampfruf finden folgende große

Arbeiter- und Volksversammlungen

statt, und zwar am

Sonntag, den 3. April, in Gescher, Ahaus, Greven und Jöllenbeck,

Montag, den 4. April, in Stadtlohn, Heek, Rheine, Nordhorn und Ochtrup,

Dienstag, den 5. April, in Bocholt, Breden, Emsdetten, Wettringen und Neuenkirchen,

Mittwoch, den 6. April, in Rhede, Horstmar, Laer, Epe, Resum und Warendorf,

Donnerstag, den 7. April, in Gronau, Freckenhorst und Billerbeck,

Freitag, den 8. April, in Lingen und Coesfeld,

Samstag, den 9. April, in Borghorst und Dülmen.

Noch weitere als die vorbezeichneten Versammlungen werden in den einzelnen Orten bekanntgegeben. Ehrenpflicht aller Mitglieder, auch der Arbeiterinnen, ist es, diese Versammlungen zu besuchen. Sie müssen zu machtvollen Kundgebungen für Freiheit, Arbeit und Aufstieg werden.

Die Bezirksleitung.

Bezirk Schlesien

Unsere diesjährige ordentliche Bezirkskonferenz findet am Sonnabend, dem 30. April, und Sonntag, dem 1. Mai 1932, in Landeshut im Saale des Schützenhauses statt.

Die Ortsgruppen werden gebeten, die Delegiertenwahlen nach § 13 unseres Verbandsstatuts vorzunehmen und die genauen Adressen der Gewählten dem Unterzeichneten bis 20. April 1932 mitzuteilen.

Tagesordnung und sonstige geschäftliche Mitteilungen gehen den Ortsgruppen und Delegierten noch zu.

G. Jungnitsch, Bezirksleiter.

Inhaltsverzeichnis.

Artikel: Klare Fronten. — An die christliche Arbeiterschaft! — Christliche Gewerkschaften und Arbeitsbeschaffung. — „Vaterlandsloses Gesindel" —? — Worum es geht. — Das wahre Gesicht der reaktionären Arbeitgeber. — Gelbe Mühler am Werk. — Die Arbeitszeitregelung in der Textilindustrie. — Krise, Rationalisierung, Arbeitslosigkeit. — Doppelverdiener. — Schiedsspruch für die badische Textilindustrie. — Geschäftsstellenkonferenz Ettlingen. — Geschäftsstellenkonferenz Dülmen-Coesfeld. — Feuilleton: Industrie- und Organisationsverhältnisse in der englischen Baumwollindustrie. — Allgemeine Rundschau. — Berichte aus den Ortsgruppen: Kassel. — Krefeld. — Ochtrup. — Osnabrück. — Bücher und Schriften. — Bekanntmachungen. — Inserate.

Schriftleitung: Otto Maier, Düsseldorf, Florastraße 7.

Sächsische Bettfedern-
Fabrik Paul Hoyer, Delitzsch 103
Provinz Sachsen, Augustr. 4
sendet Ihnen nur allerbeste streng reelle Qualitäten — Bettfedern bedeut. billiger zu Fabrikpreisen
Ferner prima Bett-Inlett
Prüfen Sie selbst und verlangen Sie Proben und Preisliste umsonst und portofrei

„Der Deutsche"
ist die Tageszeitung des christlichen Gewerkschaftlers